

Terminvorschau vom 30. 4. bis 5. 5. 1979

Montag, 30. 4.
Fraktionssitzung der F.D.P.

Mittwoch, 2. 5.
Fraktionssitzung der CDU
Plenum (Beginn: 10.00 Uhr)

Donnerstag, 3. 5.
Plenum (Beginn: 10.00 Uhr)

Freitag, 4. 5.
Parlamentarischer Untersuchungsausschuß (Hochschulbau- und Finanzierungsgesellschaft HFG)
– nichtöffentliche Sitzung –
Zwischenbericht

Schulwegsicherung

Die Einführung von einheitlichen optischen Warneinrichtungen für Schulbusse, Schulbushaltestellen und für regelmäßig benutzte Schulwege ist nach Ansicht des CDU-Abgeordneten Volker Heimen dringend geboten. In einer Kleinen Anfrage weist der Politiker darauf hin, daß Schulbusse oft nicht erkennbar und Schulbushaltestellen nicht beleuchtet seien. Von der Landesregierung will Heimen wissen, ob sie sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür einsetzen wolle, daß Schulbusse zusätzlich zum bisher geforderten Schild beim Schülerverkehr Warnblinkleuchten einschalten müssen (Dachdrehleuchten). Weiter wird Auskunft über Signalfarben für Schulbusse sowie Beleuchtung und neue Warnschilder für alle Schulbushaltestellen gefordert (Drs. 8/4399).

Schwangerschaftsabbrüche

Die CDU-Opposition hat die Landesregierung in einer Kleinen Anfrage aufgefordert, Auskunft über die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in NRW im Jahr 1978 zu geben. Die CDU-Abgeordneten Schlottmann, Nüchel, Jansen, Doris Altewischer und Katzy fragen, wie hoch die Ziffer der Schwangerschaftsabbrüche absolut und bezogen auf je 1000 Geburten gegenüber 1977 war. Darüber hinaus wird um Mitteilung gebeten, welche Indikationen für Schwangerschaftsabbrüche 1978 gestellt wurden und wie die Entwicklung im Vergleich zu 1977 verlief (Drs. 8/4403).

Industrie-Museum

Die CDU-Abgeordnete Doris Altewischer hat in einer Kleinen Anfrage eine langjährige Forderung ihrer Partei in Dortmund aufgegriffen, die ehemalige Zeche Zollern II im Dortmunder Ortsteil Bövinghausen als Denkmal und Industrie-Museum zu erhalten. Die Politikerin stellt daher die Frage, ob die Landesregierung die überregionale Bedeutung der Zechengebäude Zollern II und die Eilbedürftigkeit einer Entscheidung über die Zukunft dieses Industrie-Denkmal anerkenne (Drs. 8/4400).

Porträt der Woche



Dr. Burkhard Hirsch (F.D.P.)

In seinem Dienstzimmer hat der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Burkhard Hirsch (F.D.P.) einen aufschlußreichen Siebdruck hängen. Dargestellt ist ein Fleischwolf in Aktion: die linke Hand dreht, die rechte Hand wird durchgedreht. Glaubt man denen, die es wissen müssen, dann gilt dem Minister diese Darstellung als Sinnbild für Prinzipienfestigkeit; man müsse zu seinen Grundsätzen stehen, auch wenn es manchmal weh tue.

An solcher Prinzipientreue hat Hirsch es nicht fehlen lassen, seit er 1975 – widerstrebend – seinen Sitz im Bundestag aufgab und auf den Sessel des Düsseldorfer Innenministers wechselte. Und seine Rigorosität hat ihm ebenso das Etikett „schwierig“ eingebracht, wie sie ihn selbst mitunter in Schwierigkeiten brachte.

Sogar diejenigen seiner politischen Freunde, die ihm nahestehen, sind gelegentlich irritiert, wenn sie Hirsch in der einen oder anderen Sachfrage gegen sich „segeln“ sehen. Er sei „nicht schwieriger und unebener wie die Realität“, pflegt der Minister auf entsprechende Fragen mit einem Lächeln zu antworten. Prinzipienfestigkeit gepaart mit preußisch-strenger Pflichterfüllung, Intelligenz und analytischem Verstand – das sind Dinge, die Hirsch mitbekam oder die ihm anerzogen wurden; Erlebnisse und Erfahrungen, die der Oberschüler, der 1948 in Halle (Saale) sein Abitur machte, in den ersten Nachkriegsjahren in der damals noch sogenannten SBZ machen mußte, haben den Inhalt seiner Überzeugungen wesentlich mitgeformt: die Erfahrung von Opportunismus, politischer Intoleranz und konkreter Benachteiligung. Hier liegen die Wurzeln seines unnachgiebigen Eintretens für unbedingte Rechtsstaatlichkeit: Nur wenn die Verwaltung strikt an Recht und Gesetz gebunden handle, könne Gerechtigkeit werden und staatliche Glaubwürdigkeit bleiben.

Opportunitätsdenken ist Hirsch folglich ein Greuel.

Als Sohn eines Richters hatte Hirsch keinen Studienplatz erhalten; er ging daraufhin in die Westzonen und studierte ab 1948 in Marburg Rechtswissenschaften. Dort machte er auch sein Examen und seinen Doktor. Arbeit fand er in der Industrie, wo er es bis zum Direktor der Mannesmann AG in Düsseldorf brachte.

Parallel zur beruflichen lief die politische Karriere. Schon in der SBZ war er den Liberalen beigetreten, bei denen er auch im Westen blieb. Erste Erfahrungen als Volksvertreter sammelte Hirsch ab 1964 acht Jahre lang im Düsseldorfer Stadtrat. 1972 schickte ihn seine Partei in den Bundestag (und bald auch in den NRW-Landesvorstand der F.D.P.). In Bonn fiel Hirsch rasch als Debattenredner auf, erntete aber noch mehr Respekt durch seine Arbeit in den Ausschüssen.

In Düsseldorf übernahm Hirsch das nach Zuständigkeiten sehr umfangreiche und nach politischem Aufmerksamkeitswert exponierte Innenressort: Polizei und Verfassungsschutz, Städte- und Wohnungsbau, Datenschutz und alle Fragen der Kommunalpolitik gehören in den Geschäftsbereich. Und in nahezu allen Zuständigkeiten gibt es konflikträchtige Probleme, so daß es in den Landtagsfraktionen, auch denen der Koalition und in der Öffentlichkeit wiederholt Widerspruch gegen den Innenminister gab. Ob das neue Polizeigesetz, ob die Erhaltung der Arbeitersiedlungen im Ruhrgebiet oder ob Fragen der Kommunal- und Funktional-Reform, bei denen sich die Interessen besonders reiben – die Konflikte wurden immer dann besonders scharf, wenn Hirsch an einer Sachlösung festhielt, ohne die damit einhergehenden politischen Auswirkungen entsprechend zu kalkulieren. Dafür beweist Hirsch andererseits ein besonderes politisches Gespür – und hier diskutiert er vehement auch über sein Ressort hinaus mit: Alle Fragen, die der in seinen Folgen für die gesellschaftliche Entwicklung schwer kalkulierbare technologische Fortschritt – Computer-Staat, Atom-Staat aufwirft, sehen Hirsch als engagierten Verteidiger von Bürgerrechten und Umwelt vorn.

Hartwig Suhrbier